

Antrag

der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Christoph Meyer, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Digitalisierung der Archive der DDR-Opposition

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im 30. Jahr der Friedlichen Revolution wird der vielen mutigen Menschen gedacht, die für Bürger- und Freiheitsrechte eingetreten sind und die Akten der Geheimpolizei der DDR vor der vollständigen Vernichtung bewahrten. Die Unterlagen in den verschiedenen Archiven sind als Schätze Deutscher Historie von herausragender Bedeutung. Dies gilt nicht nur für die wissenschaftliche Aufarbeitung, sondern im besonderen Maße auch für die persönliche Aufarbeitung eigener Lebensverläufe und familiärer Lebensumstände.

Die Archive der DDR-Opposition bieten nicht nur einen Blick in die Vergangenheit, sondern mahnen uns auch für die Zukunft. Um die Zukunft zu gestalten, müssen wir die Vergangenheit verstehen. Neben der staatlichen Überlieferung nimmt die Überlieferung der DDR-Opposition eine zentrale Funktion zur wissenschaftlichen Erforschung der DDR-Geschichte ein. In den kommenden Jahrzehnten werden mehr und mehr Zeitzeugen nicht mehr von ihren persönlichen Erfahrungen berichten können. Hierdurch gewinnen die Archive und die in ihnen verwahrten Zeitzeugnisse zunehmend an Bedeutung.

Die Kernaufgabe des Archivs der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V. ist es, Quellen zu Opposition und Widerstand

gegen die kommunistische Diktatur 1945 bis 1990 zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Auftrag muss zukunftsfest gestaltet werden, damit die Oppositionsarchive weiterhin einen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und insbesondere zur Erforschung von Opposition und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR leisten können.

1990 wurde die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. als politischer Bildungsverein gegründet. Die bis dato gesammelten eigenen Bestände wurden 1993 um das Matthias-Domaschk-Archiv und 2003 durch Übernahme des Archivs GrauZone mit seinen Beständen zur ostdeutschen Frauenbewegung erweitert. Die Bestände belaufen sich mittlerweile auf 750 laufende Meter Schriftgut und umfassen Materialien von Einzelpersonen, Widerstandsgruppen, von Friedens- und Umweltgruppen, kirchlichen und nichtkirchlichen Initiativen sowie Unterlagen der Bürgerbewegungen und neuen Parteien von 1989/1990. Zum Bestand zählen Flugblätter, Aufrufe, Briefe, Fotos, Plakate oder auch Film- und Tondokumente.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. wurde 1991 von ehemaligen Mitgliedern aus Oppositionsgruppen der DDR gegründet und sammelt seitdem Selbstzeugnisse der DDR-Opposition und bildet mit dem Martin-Luther-King Zentrum Werdau und der Umweltbibliothek Großhennersdorf den Arbeitskreis der Archive. Die Grundlage der Bestände des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V. geht auf die in der Markusgemeinde Leipzig gesammelten Berichte zurück, die insbesondere gezielt Materialien zu den Montagsdemonstrationen und Festnahmen auf diesen Demonstrationen sammelte. Die Bestände haben einen Umfang von über 240 laufenden Metern, darunter umfangreiche „Samisdat“-Veröffentlichungen, über 15.000 Fotografien und 2.700 Bücher. Eine Erweiterung des Archivbestandes erfolgte 2018 mit der Übernahme der Unterlagen der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung der Opfer des Stalinismus. Damit reichen die Bestände des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V. bis in die 1950er Jahre, somit bis zu den Anfängen der DDR, zurück. Die ersten Digitalisierungsmaßnahmen wurden aus Gründen des Bestandsschutzes bereits 2016 begonnen, schreiten jedoch nur extrem langsam voran und stehen in keinem Verhältnis zur Wertigkeit und dem Umfang der Sammlung.

Durch Projektförderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sind in dem Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. Berlin, dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena und dem Martin-Luther-King-Zentrum Werdau sowie der Umweltbibliothek Großhennersdorf zahlreiche Bestände (Schriftgut, Fotos, Filme, Audioaufnahmen etc.) erschlossen worden, die nun zur Digitalisierung anstehen. Ebenso sind auch die Bestände des Archives der Bundesstiftung Aufarbeitung zu berücksichtigen, damit auch diese langfristig zur Nutzung zur Verfügung stehen können.

All diese archivierten Dokumente von Opposition und Widerstand bilden den Gegenpart zu den Staats- und Parteiakten des DDR-Regimes und sind ein historisches Korrektiv und zwingend zu bewahrendes Kulturgut.

Historikerinnen und Historiker stützen sich in ihren Forschungen sowohl auf staatliche als auch auf nichtstaatliche Quellen. Um ein Wegbrechen einer ganzen Forschungssäule zu verhindern, bedarf es der dauerhaften Sicherung der Bestände der Oppositionsarchive.

Neben dem dringend notwendigen konservatorischen Erhalt der Unterlagen mittels Massenentsäuerung nimmt dabei ihre Digitalisierung einen besonderen Stellenwert ein. Durch die Digitalisierung können sowohl die in den Unterlagen enthaltenen Informationen Langzeit gesichert als auch ein niederschwelliger Zugang zu den Unterlagen für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht werden.

Die dauerhafte und fachgerechte Sicherung durch Digitalisierung bietet die Möglichkeit, dass Opfer des Unrechtes in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR in der rechtlichen Aufarbeitung in die Lage versetzt werden, in Zukunft Zugriff auf gerichtsfeste

Dokumente zu erhalten. Dies erscheint weiterhin notwendig, um gerade das individuell erlittene Unrecht während der zweiten deutschen Diktatur auch künftig rechtlich aufzuarbeiten und persönliche Rechte gerichtlich durchzusetzen.

Mit der Entscheidung des Bundestages vom 26. September 2019 zum Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv (BT-Drs. 19/12115), ist für die relevanteste staatliche Überlieferung der SED-Diktatur, die Unterlagen der Staatssicherheit, eine langfristige Perspektive des Erhalts und der Nutzung geschaffen worden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Konzept zur dauerhaften Sicherung der Bestände der Archive der DDR-Opposition im Rahmen der bestehenden Programme zur Digitalisierung und zur konservatorischen Bestandserhaltung (Massenentsäuerung) von schriftlichem Kulturgut vorzulegen;
2. dafür Sorge zu tragen, dass das Konzept folgende Aspekte beinhaltet:
 - a. Darstellung der vorhandenen Bestände und ihrer jeweiligen Provenienz, Erhaltungszustand, aktuellen Trägerschaft und ihrer jeweiligen Bedeutung für die Wissenschaft;
 - b. Darstellung des Standes von Bestandserhaltung und Digitalisierung der Bestände der Oppositionsarchive;
 - c. Darstellung des Investitionsbedarfs zur Bestandserhaltung und Digitalisierung der Bestände der Oppositionsarchive;
 - d. Vorschläge dazu, wie die Bestände der Oppositionsarchive, bspw. durch Aufnahme in die gängigen Archivportale, der Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden könnten;
 - e. Opferschutz und rechtliche Aufarbeitung individuellen Unrechts durch Erhalt der Dokumente in gerichtsfester Weise;
3. die Archive der DDR-Opposition mit ausreichenden Mitteln zur Digitalisierung und Bestandserhaltung auszustatten, insbesondere
 - a. die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. von einer Projektförderung in eine institutionelle Förderung des Bundes zu überführen;
 - b. die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. mit einer Projektförderung zur Restaurierung, Konservierung und Digitalisierung der in den Archiven befindlichen Videokassetten in Höhe von 50 T Euro zu versehen;
 - c. der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zweckgebunden 2.000 T Euro für Digitalisierungs- und Bestandserhaltungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, welche ihrerseits zweckgebunden an verschiedene Institutionen, wie dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., ausgeschüttet werden können.

Berlin, den 4. November 2019

Christian Lindner und Fraktion

